

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Die Dresdener Nachrichten erscheinen als Morgenblatt, die Sonntagsnummer schon am Sonnabendnachmittag, wöchentlich 7 Ausgaben. Sie enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Dresden und des Polizeipräsidenten in Dresden.

Im Zeichen der vollen Kraftentfaltung

Reichsminister Funk: Die deutsche Geld- und Währungspolitik

Berlin, 12. Februar. In der Hauptversammlung der Deutschen Reichsbank machte Reichswirtschaftsminister und Präsident der Deutschen Reichsbank Walter Funk längere Ausführungen über die Währungs- und Wirtschaftspolitik. Am Ende des Jahres 1942, stellte er fest, hat die Deutsche Reichsbank den Erfolg unserer Geld- und Finanzpolitik darin sichtbar werden lassen, daß sie eine verhältnismäßig geringe Beanspruchung durch das Reich und ein geringeres Anwachsen des Notenumlaufs als im Vorjahre aufweisen konnte. Im neuen Jahre konnten die Bestände der Reichsbank an kurzfristigen Reichspapieren um rund vier Milliarden Reichsmark zurückgehen. Das deutsche Volk hat durch erhöhte Sparen sein Verhältnis zu dem im Kriege notwendigen Konsumverhältnis unter Beweis gestellt. Die Sparanlagen der öffentlichen Kassen sind im vergangenen Jahre um 15 auf 50 Milliarden gestiegen.

Der Geld- und Kapitalmarkt ist außerordentlich still. Dafür tritt das Problem der gutermäßig ungedeckten Kaufkraft in den Vordergrund, eine zwingende Aufgabe mit jedem modernen Krieg verknüpfte Erscheinung. Von Land zu Land verdrängen sich nur die Auswirkungen dieser Erscheinung auf das innere Währungsgefüge. Ein Spannungsanstieg auf Kosten der Preisstabilität und damit des inneren Wertes der Währung wurde verhindert durch eine umfassende Rationierung aller wichtigen Verbrauchsgüter, durch die haushälterische Verwendung von Produktions- und Absatz-, durch Preis- und Lohnbewachung, durch eine verstärkte direkte und indirekte Besteuerung, durch die Pflege des Sparwillens und durch die fortschreitende Abschöpfung der am Geld- und Kapitalmarkt verfügbaren Mittel zugunsten des Reiches unter gleichzeitiger Errichtung von Emissionen- und Investitionsverböten für nichtkriegswichtige Vorhaben.

Die Grundlinien unserer Währungspolitik haben sich bewährt. Dagegen ist es notwendig, die Methoden der Dynamik des Währungsfaktors stets so anzupassen, daß die Stabilität der Währung unter allen Umständen gesichert bleibt. Wenn im Interesse einer Erhöhung der produktivsten Wirtschaftstätigkeit die Spannungen zwischen Verbrauchsgütervolumen und Geldvolumen weiter wachsend, müssen die Maßnahmen zum Ausgleich dieser Spannungen verschärft und neue, noch wirksamere Methoden angewandt werden. Dies wird in Anbetracht der jetzt notwendigen Mobilisierung neuer Arbeitskräfte und Energien für die Rüstungsproduktion geschehen müssen. Die Vorbereitungen sind im Gange. Sie sollen einer verschärften Abschöpfung überaus wichtiger Kaufkraft dienen. Im Vordergrund jeder gefunden Kriegsführung steht die Preis- und Währungspolitik. Die Steuerkraft der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Volkes ist noch keineswegs an ihrer Grenze angelangt. Das wachsende Volkseinkommen läßt schon im Hinblick auf die zurückgehenden Verbrauchsmöglichkeiten eine stärkere Besteuerung zu. Auf dem Gebiete der äußeren Währungs- und Wirtschaftspolitik bilden zur Zeit die Preis- und Währungsentwicklung in verschiedenen kontinental-europäischen Ländern und die Clearingverhältnisse in Deutschland die Hauptprobleme. Die im Ausland einsetzenden Lohn- und Preissteigerungen sind nicht nur für die Währung und Wirtschaft der betreffenden Länder, sondern auch für die deutsche Kriegswirtschaft abträglich. Wenn wir bisher trotzdem davon abgesehen haben, das Kurverhältnis der Reichsmark zu den Währungen der von dem Preis- und Lohnanstieg am stärksten betroffenen Länder zu ändern, so geschah dies in erster Linie, um unseren Clearingpartnern bei der Stabilisierung ihrer inneren Währungsanlagen behilflich zu sein. Es handelt sich hier um ein Güterproblem und um ein Pro-

blem der Wirtschaftsentwicklung, die mit währungsrechtlichen Mitteln nicht zu lösen sind. Dies kann nur durch den Ausbau und die Aktivierung der in allen europäischen Ländern bereits eingeschlagenen Schritte zur haushälterischen Verwendung der Güterverfügung und der Preisüberwachung sowie durch entsprechende Maßnahmen in der Geld- und Finanzpolitik geschehen. Gelangt es, hier während des Krieges eine Ordnung und weitgehende Übereinstimmung zu erzielen, dann wird diese der im gesamten europäischen Interesse liegenden Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Kontinente zugute kommen. Darüber hinaus würde aber hierdurch auch der Weg für die künftige Gestaltung einer kontinental-europäischen Währungsordnung geebnet werden.

Unsere derzeitige Clearingverbindung ist lediglich kriegsbedingt. Trotz aller Schwierigkeiten konnte Deutschland seine Waren- und Leistungsbilanz im letzten Jahre im wesentlichen aufrechterhalten. Die ausländischen Güterbestände unserer Clearingpartner werden im Frieden schneller, als mancher heute glauben möchte, abgebaut werden können. Es kommt jetzt nicht darauf an, wohlstandsgewogene Handelsverträge zu erreichen und Clearingbilanzen auszugleichen, sondern es kommt darauf an, die Volkswirtschaften vernünftig zu schichten.

Reichsbankpräsident Funk kam dann auf die weitgehende Banknationalisierung zu sprechen. Neben umfangreichen innerbetrieblichen Einsparungsmaßnahmen wurden vor allem weitere Verbesserungen im Wirtschaftsverfahren durchgeföhrt. Die unbedingte notwendige Zusammenlegung der Niederlassungen des Reiches wurde bereits gute Fortschritte gemacht. Auf diesem Wege muß jetzt in einem wesentlich verstärkten Tempo fortgeschritten und erreicht werden, daß mit der kleinsten Apparatur und dem geringsten Aufwand der im Bankgewerbe während des Krieges statt erhöhte Arbeitsleistung bewirkt wird. Von Seiten der Bankendwirtschaft könnte auch noch manches getan werden, um den Banken ihre Nationalisierungsbereitschaft zu erleichtern. Dies gilt insbesondere für den Zahlungsverkehr, wo stets die wirtschaftlichste Form des Zahlungsaufschlusses gewählt werden sollte.

Eine besonders große Bedeutung kommt den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zu. Die Bedürfnisse der Front und die Erfüllung der produktivsten Wirtschaftstätigkeiten dürfen natürlich durch fallende Sparmaßnahmen nicht vernachlässigt werden. Der Staat hat aber als der Haupt-

auftraggeber der Wirtschaft die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich die Preisgestaltung in sozial und währungspolitisch vertretbaren Grenzen hält.

Im Vordergrund stand bisher noch wie vor die Selbstfinanzierung. Wir befinden uns hier aber erst am Anfang einer Entwicklung, die in diesem Jahre infolge der verstärkten Ausrichtung der Wirtschaft auf den totalen Krieg ihren beschleunigten Fortgang nehmen dürfte.

Im Gegensatz zum vorigen Weltkrieg wurde es diesmal vorgezogen, unter Aufrechterhaltung der Funktionen der Börse, die der Kapitalbeschaffung der kriegswichtigen Wirtschaft dienen soll, eine Sachverwalter am Aktienmarkt durch eine Reihe von Eingriffen zu unterbinden. Im Vordergrund stand hierbei in der letzten Zeit die Melde- und Ablieferungspläne für die im Krieg erworbenen Aktien. Es hat sich nunmehr als notwendig erwiesen, die Höchstgrenze für die Melde- und Ablieferungspläne von 100 000 auf 50 000 Aktie herabzusetzen. Die entsprechende Verordnung wird in den nächsten Tagen erscheinen. Auf der anderen Seite konnte auf dem Markt der festverzinslichen Werte die Auswahl der Anlagengattungen etwas reichhaltiger gestaltet werden. Natürlich genießen die Kreditbedürfnisse des Reiches nach wie vor den unbedingten Vorrang. Soweit aber Emissionen der Privatwirtschaft von kriegswirtschaftlicher Bedeutung sind, steht auch ihnen der Kapitalmarkt offen. Das zeigen die Emissionen von Industrieobligationen im vergangenen Jahre, die bis einschließlich der Anforderungen auf 1,2 Milliarden RM beliefen, sowie die Ausgabe neuer Pfandbriefe durch die Kreditinstitute vor allem im Zusammenhang mit der Mietzinsfremdbildung.

Die Senkung der Zinssätze ist planmäßig zu Ende geführt worden. Damit sind wir soweit gekommen, daß der Staat seine Kreditbedürfnisse zum billigsten Zinssatz des Landes befriedigen kann.

Der eindringliche Appell, sagte Minister Funk abschließend, an das deutsche Volk, um durch eine erneute Kraftanstrengung neue Kräfte für die Front und für die kriegswirtschaftliche Produktion zu mobilisieren, muß auch auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens nachdrücklich befolgt werden, damit auch hier alles geschäftlich und nicht unterlassen wird, was dazu beiträgt, das deutsche Kriegspotential auf das Höchstmaß zu steigern und den Endsieg unserer Waffen sicherzustellen.

Nur Mut, ihr Frauen!

Es ist nämlich alles nur halb so schlimm. Manche Frauen stellen sich das so vor, als sperrte nun die Fabrik mit ihrem Flug und Schmutz, ihrem Lärm und ihren Geräuschen, ihren erschreckend weiten Räumen auf, markiere heran mit ungeheuren Schwungrädern und Treibriemen, Maschinen von nie gesehenen Abmessungen. Aber in Wahrheit hat die Frau ja von Jugend an mit der Technik ja so am wenigsten angetan und ist auch der Maschine durchaus nicht ungewohnt. Man denkt sich nichts weiter dabei, man ist es gewohnt. Bieletriebe, Säugwerke bedient sich seit Jahrzehnten der Maschinen in steigendem

Nur aus Mangel an Mut und Opfergeist kann ein Geschlecht entstehen, das den großen Aufgaben, vor welche die Geschichte das deutsche Volk stellt, nicht gewachsen ist. HINDENBURG

Masse und nicht voller komplizierter Geräte, vielfältiger oft, als sie dieses und jenes Handwert kennt. Aber ist die Nähmaschine, der Staubsauger, die Wasserpumpe, der Wasserdampf, der Gasofen, der Wasserdampf, die gezeichneten technischen Vorrichtungen, die gekannt sein wollen und zu deren Bedienung es geübter und sehr differenzierter Sachkunde bedarf? Man hat eine Tätigkeit, zu der unsere Frauen und Mädchen jetzt aufrufen sind, wird einfacher sein als die, welche der Haushalt fordert. Hier wird vieles weniger auf Organisationskunst gestellt, vieles unkomplizierter und sogar kräfteparender sein. Allenfalls natürlich ungewohnt.

Insofern wird man die Ehen verstehen, die manche Frau überlassen muß, wenn sie plötzlich vor eine neue, ungewohnte Aufgabe gestellt wird. Sie tut lieber das Gewohnte, sei es nun in Haus- oder Landwirtschaft. Wo meist sogar die Anforderungen an Leistung und Zeit ein Mehrfaches von dem betragen, was künftig vielen Frauen zugemutet werden muß. An sich ist das, was jetzt verlangt wird, für Millionen Frauen gar nichts Neues. Sie sind seit Jahren und Jahrzehnten in deutsche Werkstätten und Fabriken gegangen, mitunter schon in mehreren Generationen hintereinander. Sie haben das oft geleistet neben der Betreuung des Hauswesens, neben der der Kinder. Es war eine erhebliche Arbeitskraft, die sich darin offenbarte. Sie geben sie auch heute noch. Und werden sie auch in der Folge leisten, da es ja darauf ankommt, die neuen Feuerkraftmaschinen mit dem Vespel zu erfüllen, mit dem Vorbild. Und wo es sich er- gibt, auch mit der Anleitung.

Denn darüber ist ja kein Zweifel, die Arbeit, die jetzt im Dienste des Vaterlandes gefordert wird, bricht nicht wie ein Sturmwind über die „Neuen“ herein, sondern sie wird nach und nach entwickelt werden, sowohl was die Berufung als auch den Einsatz selbst betrifft. Zunächst wird man auf jeden Fall die abkömmlichen Frauen anrufen, erst dann nach und nach die anderen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Wünsche und der Voraussetzungen, die in ihrer Person liegen. Dann aber werden alle angeleitet werden, sei es nun für einzelne Handgriffe, oder sei es für größere Arbeitsoperationen. Die dann in Lehrgängen, für die die großen Industrieunternehmen ihre Schulungseinrichtungen haben, erlernt werden sollen. Nicht allemal erfolgt der Einsatz in der Metallverarbeitung und in der Rüstungsindustrie, obwohl dort freilich die Mehrzahl von Frauen benötigt werden dürfte. Bestimmt aber ist jede Frau vor dieser Arbeit sehr am Platze. Wollschaf handelt es sich wirklich nur um regelmäßige, wiederkehrende leichte Handarbeit, die einladend und bequemer erlernbar ist als hauswirtschaftliche Tätigkeit. Manchmal wird es sich um kompliziertere, minutier um Hilfeleistung handeln. Aber nichts davon übertrifft Frauenkraft. Mit der Bedienung von Maschinen, Schweißpressen und dergleichen hat die Frau ebensoviele etwas zu tun wie mit Hochöfen oder der Bedienung von Lokomotiven. Was sie aber zu leisten vermag, selbst dort, wo man es nicht für möglich gehalten hat, beispielsweise in dem oft nervenzerstörenden Dienst einer Schaffnerin, das ist ja bereits bewiesen.

Im übrigen ist erkennbar, wie sich die Frauennarbeit in den letzten Jahren weiter ausgedehnt hat. Beweis dafür, daß Frauen in vielen Fällen Männerarbeit leisten können. Bei den Metallwerkern kommen heute 18 Frauen auf 100 Männer, bei den Gemeinwerkern fast schon 55 gegen früher 35 auf 100. Bei den Gummiwerkern sind 82 auf 100 tätig. In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie liegt der Anteil von 15 auf 66; 100. Bei den Papierwerkern kommen heute sogar auf 100 Männer 141 Frauen. Kurzum, überall eine Verlagerung, die nicht allein in kriegsbedingt ist.

Ueberhaupt ist die ganze Entwicklung, die jetzt nun geschäftlich abgelaufenen Fraueneinsatz führt, nicht etwa eine Angelegenheit, die die letzten politisch-militärischen Ereignisse bedingten. Das alles war vielmehr von

Kampf gegen die Sowjets ist der Kampf Europas

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Februar. „Hundert Anzeichen und Ereignisse beweisen klar, daß England und die Vereinigten Staaten Europa dem Bolschewismus überlassen haben.“ Diese Feststellung trifft in einer Betrachtung über den großen Kampf an der Ostfront das halbamtliche italienische Blatt „Popolo d'Italia“ und fügt hinzu, daß sei der Preis, den die Anglo-Amerikaner für die Vorkämpfer Moskaus zu zahlen haben. Geradezu wie eine Behauptung dieser italienischen Darstellung liest sich ein Artikel der ganz von England abhängigen und vollkommen Londoner Ansichten vertretenden „Globe“-Zeitung und „Schiffahrtszeitung“, in dem auf die „ungeheure Post Sowjetrußlands“ verwiesen wird. Deshalb aber, so sagt dieses englische Sprachrohr in Schweden, müsse auch Sowjetrußland das entscheidende Wort über die Zukunft Europas zu reden haben.

Es scheint nun fast, als ob die Aufdeckung aller dieser Pläne in Moskau als unangenehm empfunden wird. Die „Pravda“ glaubt nämlich unter Berufung auf eine Neuherausgabe Stalin's Europa über die bolschewistischen Ziele mit der Feststellung beruhigen zu können, daß die

Sowjetarmee für den Sowjetrußland kämpfe. Frech und zynisch hat die „Pravda“ dann aber hinzu, daß Deutschland und die baltischen Staaten organische Teile dieses Sowjetrußlands seien. Damit wird schon ein Teil der bolschewistischen Ansprache verflüchtigt; doch kann natürlich keine Rede davon sein, daß die weltrevolutionären Eroberungspläne sich nur auf Westasien und die baltischen Staaten beziehen. Das Ziel Moskaus ist die Unterwerfung ganz Europas, und hierfür haben London und Washington Stalin volle Handlungsfreiheit ausgereicht.

Es ist dabei klar, daß sich diese bolschewistischen Pläne nicht immer auf eine völlige Einbeziehung der unterworfenen Länder in den Sowjetischen Staat zu beziehen brauchen. Man weiß aus Erfahrung, wie derartige Pläne in die Tat umgesetzt werden. So erinnert denn auch das Blatt „Zukunft“ daran, daß es neben der Moskauer Regierung noch die kommunistische Internationale gebe, welche diejenigen Aufträge übernehme, die der Moskauer Regierung zu heikel seien. Moskau könne ruhig versprechen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen; der Bolschewismus arbeite dann mit anderen Methoden und führe durch seine Abneigung die Aufträge Moskaus durch. Solche Erfahrungen aus der letzten Zeit, so sagt das Schweizer Blatt, seien noch in allgemeiner Erinnerung. Eine dieser Methoden besteht bekanntlich auch in der Gründung sogenannter sôberativer Sowjetrepubliken, und dieses Schicksal beispielsweise ist, wie das Blatt „Frit Folk“ berichtet, dem skandinavischen Raum angedacht, wo Moskau eine skandinavische sôberative Sowjetrepublik zu gründen beabsichtigt.

In der Türkei hat nun Garibal, wie das bulgarische Blatt „Utro“ berichtet, die Besorgnisse vor einer Bolschewisierung dadurch zu dämpfen gesucht, daß er von einer Zone der Sicherheit sprach, die an der westlichen Sowjetgrenze entlang, aber deren Verlauf er sich übrigens nicht weiter übererte, geschaffen werden soll, und zwar durch eine Gruppe kleinerer Staaten, die durch eine enge politische Verteidigt werden würden. Das bulgarische Blatt nennt einen solchen Plan mit Recht eine naive Illusion.

Erfolgreiche Luftkämpfe in Nord und Süd

Berlin, 12. Febr. Im Laufe des 11. Februar schickte ein deutsches Jagdflugzeug beim Sperrflug östwärts der Insel Reta zwei britische Torpedobomber vom Typus „Beaufort“. Die Messerschmitt griff sofort an und schoß beide feindlichen Flugzeuge ab. Sie führten in der Nähe der Insel Sarpanto ins Meer.

Am 11. Februar, vormittags, kam es zwischen Adogalee und Jimeneze zu erbitterten Luftkämpfen. Von Mitternacht bis zum Morgen vertrieben die deutschen Jagdflugzeuge die britischen Bomber, die von Jagern begleitet, in mehreren Wellen anfielen. Über den vorderen Vinten zum Kampf. Bis Mittag verlor dabei der Feind 26 Flugzeuge. Weitere vier sowjetische Flugzeuge vernichteten die deutschen Jäger im Laufe des Nachmittags bei freier Hand und bei Vorhölzen über rückwärtiges feindliches Gebiet. Bei diesen Luftkämpfen erzielte Hauptmann Philipp den

104. und 105., Major Gahn den 100. bis 105., Leutnant Stolze den 105. bis 107. und Oberleutnant Belkewer den 105. Luftflieger. Alle vier Offiziere sind Ehrenlaubträger. Weitere sechs sowjetische Flugzeuge wurden von der Flakartillerie der Luftwaffe abgeschossen, so daß der Feind am 11. Februar schließlich des Adogalees 35 Flugzeuge verlor.

Türkische Staatsmänner besuchten die deutsche Ausstellung

Ankara, 12. Februar. Am Donnerstagvormittag besuchten Ministerpräsident Saracolu und Außenminister Memencoglu die deutsche Ausstellung. Sie wurden im Ausstellungsgelände vom deutschen Volkshüter begrüßt. Beim Abschied trugen sich die beiden türkischen Staatsmänner in das Sonderbuch der Ausstellung ein.